

ZA – Archiv Nr. 0327

*Landtagswahl in Baden-  
Württemberg 1968  
(Nachuntersuchung)*

(Mai - Juni 1968)

BEITRÄGE ZUR POLITISCHEN SOZIOLOGIE

Materialien zum Phänomen  
des Rechtsradikalismus  
in der Bundesrepublik Deutschland II

DIE NPD IN DEN LANDTAGSWAHLEN 1966 - 1968

Herausgeber:

Erwin K. Scheuch Hans D. Klingemann Thomas A. Herz

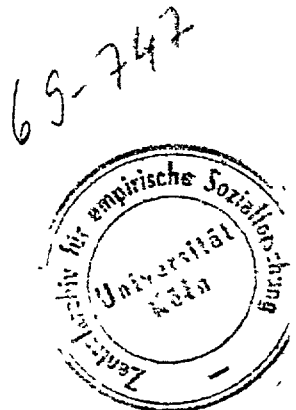
mit Beiträgen von

Klaus R. Allerbeck Ferdinand Böltken Lutz Drewski  
Thomas A. Herz Hans D. Klingemann Dieter O. Krieg  
Heinz Sahner Erwin K. Scheuch

Institut für vergleichende Sozialforschung  
Zentralarchiv für empirische Sozialforschung  
UNIVERSITÄT zu KÖLN

November 1969

Als Manuskript vervielfältigt



## Inhaltsverzeichnis

---

*Reade*

	Seite
Vorwort	1
Klaus R. <u>Allerbeck</u> : Die hessische Landtagswahl am 6. November 1966 unter besonderer Berücksichtigung des Wahlerfolges der NPD	5
Heinz <u>Sahner</u> : Die NPD in der Landtagswahl vom 23.4.1967 in Schleswig-Holstein	38
Thomas A. <u>Herz</u> , Dieter O. <u>Krieg</u> : Die NPD in der Landtagswahl am 23. April 1967 in Rheinland-Pfalz	106
Ferdinand <u>Böltken</u> : Die NPD in der Wahl zum niedersächsischen Landtag am 4. Juni 1967	177
Lutz <u>Drewski</u> : Die NPD in den Bürgerschaftswahlen der Hansestädte Hamburg am 27. März 1966 und Bremen am 1. Oktober 1967	244
Hans D. <u>Klingemann</u> : Die NPD in der Landtagswahl vom 28. April 1968 in Baden-Württemberg	278
Bibliographie	347

## Vorwort

Die in diesem Band vorgelegten Untersuchungen behandeln die Landtagswahlen in den Bundesländern Hamburg, Hessen, Rheinland-Pfalz, Niedersachsen, Bremen und Baden-Württemberg, die nach der Bundestagswahl 1965 unter der Beteiligung der NPD stattfanden. Ihr Ziel ist es, die politischen und sozialen Bedingungskonstellationen aufzuzeigen, die zur Wahl der neuen Rechtspartei führten.

Für die Analysen standen zwei Datenquellen zur Verfügung:

- (1.) die amtliche Statistik,
- (2.) Umfrageergebnisse.

Von der amtlichen Statistik wurden Daten der Wahlstatistik und der Volks- und Berufszählung 1961 ausgewählt. Die Einheiten, die durch diese Daten beschrieben werden, sind vor allem Stadt- und Landkreise, in einigen Fällen auch Gemeinden.

Neben den Daten der amtlichen Statistik wurden Umfrageergebnisse herangezogen. Dabei handelt es sich in erster Linie um Erhebungen aus dem Jahre 1966. Darüber hinaus standen spezielle Regionalumfragen zur Verfügung.

In der ökologischen Analyse der Daten der amtlichen Statistik wurde der Pearson'sche Produkt-Moment-Korrelationskoeffizient zur Darstellung der Zusammenhänge verwendet. Durch eine differenzierende Betrachtung möglichst homogener Kontexte wurde der oft festzustellenden Nichtlinearität der Beziehungen zwischen den Variablen Rechnung getragen.

Für die Analyse der NPD-Präferenz mit Hilfe der Umfragedaten wurde die Technik der Kumulation von Umfragen erprobt<sup>1)</sup>. Die Umfragen wurden vom Zentralarchiv für empirische Sozialforschung bereitgestellt. Ausgehend von der Beobachtung, daß sich Anhänger extremistischer Parteien in der Interviewsituation häufig nicht als solche zu erkennen geben und somit - bei der gegebenen Verteilung der NPD-Wähler - die Fallzahlen für eine statistisch aussagefähige Analyse in den "normalen" repräsentativen 2000-er Stichproben zu klein waren, faßten wir mehrere solcher Stichproben (insgesamt 7) mit äquivalenten Indikatoren für Parteipräferenz und demographische

Merkmale zu einer "kumulierten" Umfrage für die Sekundäranalyse zusammen. Bedingung für die Aufnahme einer Umfrage in den "Datenpool 1966" war, neben den erwähnten äquivalenten Indikatoren, ein gleiches Auswahlverfahren (Random), eine gleiche Grundgesamtheit (BRD) und eine zeitliche Begrenzung auf die Periode der beginnenden wirtschaftlichen Rezession und der Krise der Regierung Erhard bis zur Bildung der Großen Koalition.

Auf diese Weise gelang es, die Fallzahlen der NPD-Anhänger so weit zu erhöhen, daß Aussagen, auch auf Länderebene, möglich wurden. Wenn auch die Mehrzahl der Schlußfolgerungen auf der ökologischen Analyse basieren, so ergaben die Vergleiche mit den Individualdaten doch Hinweise auf theoretisch weiterführende Ansätze.

Konzeptionell stehen alle Beiträge in der Tradition der "Theorie des Rechtsradikalismus in westlichen Industriegesellschaften", die im Rahmen der Kölner Forschungsgruppe in den Jahren 1966/67 entworfen wurde<sup>2)</sup>. Dieser Ansatz geht davon aus, daß Rechtsradikalismus aus spezifischen Spannungen des sozialen Wandels und spezifischen Zuständen des politischen Systems zu begreifen ist. Die Länderstudien, die hier vorgelegt werden, konvergieren in folgenden Ergebnissen:

- (1.) Politische Tradition: Ein Vergleich der Wahlergebnisse von NSDAP und NPD erbrachte eine weitgehende Übereinstimmung der regionalen Schwerpunkte beider Parteien in bezug auf das Jahr 1932. Dies bestätigt ein Ergebnis, das auch Liepelt mitteilte, und spricht für seine These, daß sich die Situation von 1932 und von 1966/67 im Hinblick auf die "Krisenfurcht" ähnlich sei<sup>3)</sup>. Geht man vom Vergleich mit der Weimarer Republik ab und betrachtet die Zuwanderer zur NPD nach ihrer politischen Herkunft heute, so ist das durchgängig gefundene Ergebnis, daß alle drei der etablierten Parteien, CDU, SPD und FDP, Wähler an die NPD verloren haben. Darüber hinaus ist es der Partei auch gelungen, einen Teil der "Dauernichtwähler" an sich zu ziehen.
- (2.) Soziale Merkmale: Der heterogenen politischen Zusammensetzung der NPD-Wählerschaft entspricht die ebenfalls durchgängige Beobachtung, daß keine der großen konfessionellen oder sozioökonomischen Gruppierungen allein den NPD-Erfolg erklärt.

Protestanten und Katholiken, Selbständige und Arbeiter sind in dieser Partei in einer Weise vertreten, daß wiederholt von der NPD als einer kleinen "Volkspartei" gesprochen werden konnte<sup>4)</sup>. Wenn wir diese Denkfigur auch nur für einen Artefakt halten, für einen unrealistischen Mittelwert regionaler Kontraste, so kann der Weithin vertretenen Anschauung, die den Wahlerfolg der NPD als ein Mittelstandsphänomen begreift, bei der gegebenen sozialen Zusammensetzung der NPD-Wählerschaft jedoch ebenfalls nicht gefolgt werden<sup>5)</sup>. Die These, die sich nach den Ergebnissen der Analysen der Landtagswahlen anbietet, geht aus von der Feststellung Liepelts, daß die Chancen der NPD in solchen sozialen Gruppierungen am größten seien, in denen die Bindungen an die bestehenden Parteien am wenigsten gestützt werden<sup>6)</sup>. Sie betont jedoch eher den ökologischen Aspekt und erweitert diese Ausgangsthese um eine regionale Komponente.

- (3.) Der regionale Aspekt: In den Untersuchungen wurde durchweg beobachtet, daß eine Tendenz zur Abflachung der Hochburgen von CDU, SPD und FDP besteht. Typischerweise verlieren die Parteien in ihren Hochburgen alle auch an die NPD. Dies scheint der Liepelt-These zunächst zu widersprechen. Wir möchten im Abbau von regionalen Hochburgen der Parteien die fortschreitende Auflösung sozialer Milieus (mit regional verwurzelten Wahlnormen) in sich wandelnden Industriege-  
sellschaften sehen. Dabei ist unsere These, daß sich die Wahlnormen der sozialen Gruppierungen tendenziell den für die speziellen sozialen Gruppierungen in der Gesamtgesellschaft geltenden Wahlnormen anpassen. Das hieße etwa, daß - bei sich auflösenden katholischen Milieus - bei katholischen Arbeitern ohne Bindung an die Kirche der Trend zu einer Wahl der SPD geht oder in sich auflösenden protestantischen, kleingewerblich-bäuerlichen Milieus der Trend von einer FDP-Wahl zur CDU-Wahl. In gleicher Weise vermuten wir eine Wanderungsbewegung von der SPD zur CDU oder FDP bei sich auflösenden Arbeitermilieus in Großstädten. Läßt nun die Attraktivität der Parteien nach, zum Beispiel wegen mangelnder Effektivität in ökonomischen Krisensituationen, so werden diese "normalen" Anpassungsprozesse gestört. Hier

sind die Chancen radikaler Parteien dann am größten, wenn es ihnen gelingt, sich ideologisch so zu profilieren, daß sie in einer geringen psychologischen Entfernungsbeziehung zu den Grenzwählern aller Parteien stehen.

- (4.) Das Parteiensystem: Die Ergebnisse nicht nur dieser Analysen sprechen dafür, daß es der NPD gelungen ist, ein derartiges ideologisches Profil aufzubauen. Sie wird eindeutig als nationale Partei perzipiert, und Nationalismus scheint die ideologische Klammer zu sein, die die regional so unterschiedlichen NPD-Wähler zusammenhält. Nationalismus allein aber erklärt den Sachverhalt nicht. Als wichtigste Komponente für die Attraktion von Arbeitern sehen wir an, daß die NPD auch als Partei des "kleinen Mannes" perzipiert wird. Dies ist das "linke" Bein der neuen "Rechts"-Partei, ohne das ihr Erfolg nicht zu erklären ist.

Diesen Aspekten des "image" der NPD werden wir in den weiteren Untersuchungen, die sich an die regionalen Analysen anschließen, besondere Aufmerksamkeit widmen.

Das "Projekt Rechtsradikalismusforschung" ist charakterisiert durch eine enge Zusammenarbeit mit interessierten Studenten. In einem allgemeinen Seminar über die Soziologie der Wahl und einem speziellen Seminar über Rechtsradikalismus wurden die Ergebnisse der vorgelegten Beiträge eingehend diskutiert. Es überrascht so nicht, daß unter den Autoren dieses Bandes die Zahl der "Studenten" überwiegt.

Erwin K. Scheuch  
Hans D. Klingemann  
Thomas A. Herz

- 1) H.D. Klingemann und F.U. Pappi: Möglichkeiten und Probleme bei der Kumulation von Umfragen, in: R. Wildenmann (Hrsg.): Sozialwissenschaftliches Jahrbuch für Politik, München-Wien 1969, S. 173-190.
- 2) E.K. Scheuch, H.D. Klingemann und J.F. Paige: Theorie des Rechtsradikalismus in westlichen Industriegesellschaften. Vorüberlegung zu einer interkulturell vergleichenden Studie, in: E.K. Scheuch, H.D. Klingemann (Hrsg.): Beiträge zur politischen Soziologie. Materialien zum Phänomen des Rechtsradikalismus in der Bundesrepublik 1966. Als Manuskript vervielfältigt, Köln Januar 1967, S. 80-96; überarbeitete Fassung: E.K. Scheuch unter Mitarbeit von H.D. Klingemann: Theorie des Rechtsradikalismus in westlichen Industriegesellschaften, in: H.-D. Ortlieb, B. Molitor (Hrsg.): Hamburger Jahrbuch für Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik, Tübingen 1967, S. 11-29.
- 3) K. Liepelt: Anhänger der neuen Rechtspartei. Über das Wählerreservoir der NPD, in: Politische Vierteljahresschrift, 8 (1967), H. 2, S. 267 (auch in: Institut für angewandte Sozialwissenschaft (Hrsg.): infas report, politogramm. Anhänger der neuen Rechtspartei, Bad Godesberg Februar/März 1967).
- 4) E.K. Scheuch: Kommt eine Welle von rechts? Eine Analyse des Rechtsradikalismus in der Bundesrepublik, in: Süddeutsche Zeitung, vom 11.5.1966.  
"Volkspartei" wurde im Zusammenhang mit der NPD hier übrigens vor allem verstanden als "Sammlung von Minoritäten".
- 5) Z.B.: R. Kühnl, R. Rilling und C. Sager: Die NPD. Struktur, Ideologie und Funktion einer neofaschistischen Partei, Frankfurt am Main 1969, S. 349 ff.
- 6) K. Liepelt: a.a.O., S. 245 ff.



Die NPD in der Landtagswahl vom 28. April 1968  
in  
Baden-Württemberg

Hans D. Klingemann

I

Wählerbewegungen zur NPD

1. Das Wahlergebnis vom 28. April 1968

Die letzte Landtagswahl vor der Bundestagswahl 1969 brachte der NPD den größten Wahlerfolg seit ihrer Gründung im Jahre 1964. Die neue Rechtspartei konnte 9,8 Prozent der abgegebenen, gültigen Stimmen gewinnen. 381 569 Wahlberechtigte hatten damit für die NPD gestimmt; verglichen mit der Bundestagswahl 1965 bedeutet das eine Steigerung des Wähleranteils um 290 Prozent.

Neben dem Wahlerfolg der NPD zeigte die baden-württembergische Landtagswahl drei weitere, charakteristische Ergebnisse:

- (1.) Die Wahlbeteiligung erreichte, verglichen mit den vorhergehenden Landtagswahlen in Baden-Württemberg, ihren bisher höchsten Wert.
- (2.) Die SPD erlitt, verglichen mit den vorhergehenden Landtagswahlen - auch der anderen Bundesländer -, ihre bis dahin schwerste Niederlage.
- (3.) Die Stimmenanteile von CDU und FDP veränderten sich, verglichen mit der vorhergehenden Landtagswahl in Baden-Württemberg, kaum. Die CDU hatte leichte Stimmenverluste, die FDP leichte Stimmengewinne zu verzeichnen.

Die Wahlbeteiligung bei der Landtagswahl 1968 erreichte 70,7 Prozent: von den 5 612 242 wahlberechtigten Bürgern gaben 3 970 542 ihre Stimme ab. Eine ähnlich hohe Wahlbeteiligung gab es in Baden-Württemberg nur noch bei der Landtagswahl 1956 mit 70,2 Prozent.

#### 4. Die Wählerfluktuationen im Spiegel der Umfragergebnisse

Die ökologische Analyse der Wählerfluktuationen hatte ergeben:

- (1.) Die NPD war in Gebieten mit hoher Wahlbeteiligung generell schwächer. Sie profitierte, jedoch in Nordwürttemberg und Südwürttemberg-Hohenzollern von einem Anstieg der Wahlbeteiligung gegenüber der Landtagswahl von 1964.
  - (2.) Alle großen Parteien, CDU, SPD und FDP, hatten, je nach regionaler Parteienkonstellation, Stimmenverluste an die NPD.
- Dieser Befund soll nun mit Hilfe von Umfrageergebnissen weiter überprüft werden. Die Feldarbeit der Umfrage, die für diese Analyse zur Verfügung steht, wurde im Mai 1968 vom DIVO-Institut, Frankfurt/M., durchgeführt<sup>5)</sup>. Die Befragten wurden mit Hilfe einer dreistufigen, zufallsgesteuerten Stichprobe ausgewählt; sie sollen die baden-württembergische Wohnbevölkerung im wahlfähigen Alter repräsentieren<sup>6)</sup>. Insgesamt wurden 895 Interviews durchgeführt. Die Ausschöpfungsquote der gezogenen Stichprobe lag damit bei 69 % Prozent.

a) Methodische Vorbemerkungen: Das Problem der Ermittlung von NPD-Präferenz

Zur Ermittlung der Wahlentscheidung bei der Landtagswahl wurden folgende Fragen verwendet:

- (1.) "Haben Sie bei der Landtagswahl am 28. April gewählt oder sind Sie nicht zur Wahl gegangen?"
- (2.) "Welcher Partei haben Sie bei der Landtagswahl Ihre Stimme gegeben?"

Auf diese Fragen ergab sich folgende Verteilung der Antworten:

Tabelle 8

Die Wahlentscheidung bei der Landtagswahl 1968.  
Ein Vergleich des Ergebnisses der Umfrage mit dem amtlich ermittelten Endergebnis der Wahl.

Wahlentscheidung	Ergebnis der Umfrage (v.H. der Wahlberechtigten) %	Amtliches Endergebnis %
CDU	31,9	30,5
SPD	21,4	20,0
FDP	8,6	10,0
NPD	3,5	6,8
Andere Parteien	1,8	1,8
Nichtwähler	19,1	30,9
Keine Angabe	5,9	
Verweigert	7,7	
N	895	5 612 242